



Newsletter SPD-Fraktion im Kreistag

September 2012

Mehr Asylbewerber im Kreis

Das Kontingent an Asylbewerbern, das der Kreis Offenbach aufnehmen muss, betrug im ersten Halbjahr 103 Personen. Auch in den nächsten Monaten kommen weitere Asylbewerber in den Kreis. Daher hat der Kreis jetzt zwei neue Liegenschaften, jeweils in Mainhausen und Dreieich, angemietet. In beiden Unterkünften werden jeweils 21 Personen untergebracht. Die Belegung erfolgt ab dem 1. September. Bei Maximalbelegung entstehen dadurch Mietkosten von ca. 75.000 € pro Jahr.



Spitzentechnologie aus Seligenstadt für die Welt

Zum Abschluss ihrer diesjährigen Sommertour durch den Kreis Offenbach informierte sich die SPD-Kreistagsfraktion gemeinsam mit der örtlichen Stadtverordnetenfraktion über die Entwicklung und die Perspektiven der Firma HEMA in Seligenstadt-Froschhausen. Die Firma wurde 1977 von Dieter Walter gegründet und entwickelte sich in den zurückliegenden Jahren zu einem international anerkannten Hersteller von Schutzausrüstungen für Werkzeugmaschinen. Das Produktportfolio umfasst mittlerweile auch Drehfenster und Klemm- und Bremssysteme für höchste Ansprüche.

Niederlassungen bestehen in Rumänien, Italien, China und Nordamerika. Doch das Herz der Firma schlägt in Seligenstadt-Froschhausen. Von hier werden auch alle Niederlassungen gesteuert, hier sitzt die Produktentwicklung, hier werden die strategischen Entscheidungen getroffen.



v.l.n.r.: Jürgen Kaiser (Rodgau), Manfred Kreis (Stavo Seligenstadt), Seniorchef Dieter Walter, Fraktionsvorsitzender Werner Müller, Heide Wolf (Seligenstadt)

Anhand vieler Beispiele konnte der Gründer und heutige beratende Gesellschafter Dieter Walter bei einem Rundgang durch die Produktionshallen die technologische Spitzenleistungen demonstrieren, die auf der Grundlage zahlreicher eigener Patente die Stellung der Firma HEMA am Weltmarkt sichern sollen.

Die Fertigung selbst ist komplett EDV-gesteuert und erlaubt Arbeiten mit niedrigsten Toleranzen bei höchsten Anforderungen an die Produkte.

In Seligenstadt selbst sind 130 Personen beschäftigt. Ein Austausch mit Personal in den ausländischen Niederlassungen stärkt die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg.

Die Firma ist auf allen Kontinenten vertreten und 40% des Umsatzes werden im Export erwirtschaftet.

So erreichen Sie uns:
SPD@Kreis-Offenbach.de



Alle U-3-Investitionsvorhaben der Kommunen werden gefördert

Der Sozialdezernenten des Kreises Carsten Müller geht davon aus, dass alle von den Kommunen für das Jahr 2013 angemeldeten Investitionsvorhaben im U-3-Bereich Förderung durch das Land und den Bund erhalten werden. Die genaue Höhe steht noch nicht fest, da noch nicht klar ist, wie hoch der Anteil des Kreises an den Mitteln des Landes ausfallen wird. Es sollen aber für alle rund 90% sein.

Der Kreistag bald ohne Papier

Die Unterlagen eines Kreistagsabgeordneten zu einer Sitzung können schon einmal ein Gewicht von mehreren Kilogramm erreichen. Papier dessen Druck und dessen Versand Kosten verursachen. Was liegt da näher, Alternativen zu prüfen, zumal einige Kommunen in Deutschland sechsstelligen Ersparnisse von der Umstellung von Papierunterlagen auf einen elektronischen Sitzungsdienst erwarten.

Doch der Teufel steckt auch hier im Detail: rechtliche, technische und finanzielle Fragen müssen geklärt werden - und die Abgeordneten müssen mitspielen, denn niemand kann zum papierlosen Kreistag gezwungen werden.

Ob demnächst Tablet-Pcs statt dicker Akten auf den Kreistagspulten liegen werden, ist also noch völlig offen. Aber die Kreisverwaltung soll die Möglichkeiten einer Umstellung prüfen. Die Grünen haben es beantragt und alle Fraktionen im Kreistag folgen dem Wunsch.

Sagen Sie uns ihre Meinung:
SPD@Kreis-Offenbach.de

Mindestlohn bei Kreisaufträgen ?

Der SPD-Ortsverein Obertshausen hatte es gefordert, der Unterbezirksparteitag im März 2012 hatte es so beschlossen: Der Kreis Offenbach soll Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben, die einen Mindestlohn von 8,50 €/h zahlen.

Die Abgabe von Tariftreueerklärungen gehört mittlerweile zum Standard bei Auftragsvergaben. Darüber hinaus sind weitere Bindungen in Hessen allerdings unzulässig.

Das Land Nordrhein-Westfalen eröffnet diese Möglichkeit seinen Kommunen durch ein Landesvergabegesetz, in Hessen gibt es ähnliche Regelungen nicht. Allerdings muss der Auftraggeber Kreis keinen Auftrag vergeben, der offensichtlich mit Dumpinglöhnen ausgeführt werden soll, weil damit die wirtschaftliche Ausführung gefährdet ist und insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen in ihrem Bestand gefährdet sein könnten.

Die Hitliste der U-3-Versorgung im Kreis

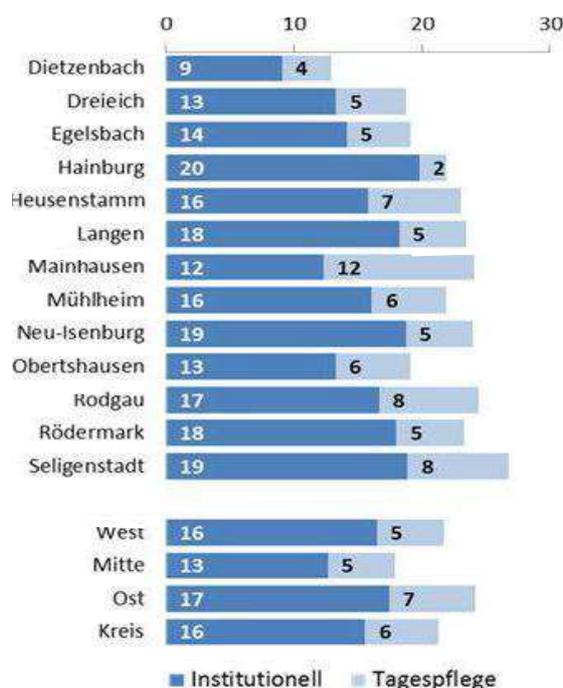


Abb. 1 U3- Versorgungsquoten am 1. März 2012 in %



Residenz.... was?

126.000 Menschen sind bundesweit von ihr betroffen. Auch die Asylbewerber, die im Kreis Offenbach leben, benötigen eine behördliche Genehmigung, wenn sie den Regierungsbezirk Darmstadt verlassen wollen. Für sie gilt die sogenannte Residenzpflicht. Eine solche Regelung gibt es europaweit nur in Deutschland.

Doch in die Einschränkung der Freizügigkeit für Asylbewerber ist Bewegung gekommen. Aktuell wird im Hessischen Landtag eine SPD-Initiative beraten. Sogar Innenminister Boris Rhein hat angekündigt, die sogenannte Residenzpflicht per Rechtsverordnung auf ganz Hessen ausdehnen zu wollen.

Ob dies auch so kommt, wird der Kreisausschuss aktuell nachfragen.

Regionaltangente West am Ende?

Geht es nach den kommunalen Vertretern in der Planungsgesellschaft für die Regionaltangente West, dann wird weiter geplant. Für das Jahr 2012 hatte der Kreistag Offenbach rund 900.000 € für die Planung bewilligt. Geschätzte Kosten für den Abschluss der weiteren Planungsschritte: 20 Mio €. Die müssen trotz knapper Kassen gemeinsam von den Gesellschaftern (RMV, F, HG, MTK, OF) aufgebracht werden.

Die Zeit drängt, denn wenn die Baumaßnahmen nicht 2019 abgeschlossen sind, stehen keine Mittel des Bundes mehr für deren Finanzierung bereit.



Lifestreaming des Kreistages nicht generell möglich

Die Neuregelung der HGO erlaubt, dass Film- und Tonaufnahmen

durch die Medien im Kreistag zulässig sind,

wenn der Kreistag vorher in der Hauptsatzung dafür eine Rechtsgrundlage geschaffen hat.

Diese Regelung gilt nicht für Übertragungen in Regie des Kreises, z.B. durch einen Livestream im Internet, wie die Kommunalabteilung des Hessischen Innenministeriums nun dem Hessischen Landkreistag mitgeteilt hat.

Falls im Einzelfall der Kreistag einer Übertragung zustimmen würde, was möglichst ist, kann jeder Kreistagsabgeordnete verlangen, dass sein Beitrag nicht übertragen wird.

Neukonzeption der Dreieichbahn stößt auf breiten Widerstand

Am Anfang stand eine Vereinbarung des Landes mit dem RMV und den Kommunen an der Dreieichbahn.



Bestandteil dieser Vereinbarung war das bisherige Betriebskonzept.

Der RMV will dies ändern und stößt auf breiten Widerstand in den Anliegerkommunen, denn mit der Neukonzeption ist eine Ausdünnung des Angebotes verbunden, das schon in früheren Jahren zu der entscheidenden Attraktivitätsminderung der Dreieichbahn beigetragen hat.

Mehr durchgehende Züge von Dieburg nach Frankfurt wiegen den Verlust des Halbstundentakt und die Streichung von Verbindungen nicht auf.

Schlechtere Angebote, weniger Fahrgäste, unwirtschaftlicher Betrieb - dieser Zusammenhang wird anscheinend vom RMV verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion wird ihre Möglichkeiten nutzen, den RMV von diesem Irrweg abzubringen.

Der nächste Newsletter erscheint am 8.10.2012